

Erich Hocke

Wolfgang Demmer, Horst Großmann
Rolf Lehmann, Wolfgang Scheler

Konflikte im ehemaligen Jugoslawien und die Rolle von Streitkräften

Vortrag und Diskussionsbeiträge
zur DSS-Veranstaltung am 14.10.92

DSS-Arbeitspapiere

Heft 6 – 1992

Herausgeber: **D**resdener **S**tiudengemeinschaft **S**ICHERHEITSPOLITIK e.V. (**DSS**)

Vorsitzender: Prof. Dr. Rolf Lehmann Schneebergstraße 2 D-01277 Dresden

Redaktion (verantw.) und Vertrieb:

Dr. Joachim Klopfer
Am Jägerpark 52
01099 Dresden

Redaktionsschluß: 05.12.92

Alle Rechte vorbehalten!

Nachdruck und jede andere vom Gesetz nicht ausdrücklich zugelassene Verwertung nur nach Zustimmung der Autoren.

Konflikte im ehemaligen Jugoslawien und die Rolle von Streitkräften

- Disposition des Vortrages am 14.10.1992 vor der DSS -

Das Ende des „realen Sozialismus“ und des Ost-West-Konfliktes bedeutete auch das Ende Jugoslawiens als Gemeinwesen, den Untergang eines Staates, der im Zeichen der nationalen Befreiung von fremder Herrschaft aus dem Zerfall des Osmanischen Reiches und der Habsburger Monarchie entstanden war. Mit wechselndem Schicksal bestand dieser Staat seit 1918.

Nach Beendigung des Systemkonflikts war nun allerorts das Interesse an Jugoslawien als Land mit einer spezifischen Stellung zwischen den Lagern erloschen. Dies bedeutet nicht, daß es nicht in Washington, Paris, London und Moskau – weit weniger allerdings in Bonn – ein Interesse am Weiterbestehen dieses Staates gegeben hätte. Unterschiedliche Beweggründe, manche historischen Bedingungen und nicht zuletzt das düstere Ahnen heraufziehender Konflikte wirkten hierbei. Jedenfalls wandelte sich die internationale Rolle Jugoslawiens nachhaltig. Die Möglichkeit des Landes, selbst aus dem Systemkonflikt mannigfaltigen Nutzen zu ziehen, entfiel. Aus einer nicht unbedeutenden internationalen Position – insbesondere in der Bewegung der Blockfreien und über sie – fiel das Land wieder in den europäischen Hinterhof zurück.

Viel gravierender ist jedoch, daß mit dem „jugoslawischen Sozialismus“ auch die bisherige Grundlage der jugoslawischen Identität zerbrach.

Als am 1. Dezember 1918 der „Staat der Serben, Kroaten und Slowenen“ (SHS) als erbliche konstitutionelle Monarchie unter einem serbischen Königshaus proklamiert wurde, gab es zwischen Serben, Kroaten und Slowenen („Staatsvolk“) keine Gleichberechtigung, und alle nicht zum Staatsvolk zählenden Nationalitäten wurden unterdrückt. Die Auseinandersetzungen zwischen der serbischen und der kroatischen Bourgeoisie um die politische Vor-

herrschaft endeten mit der serbischen Hegemonie, die in der Verfassung von 1921 auch staatsrechtlich fixiert wurde.

Die Multinationalität dieses Staates weist jedoch von vornherein einige Besonderheiten auf. Slowenen, Mazedonier, Albaner sind eindeutig verschiedene Ethnien mit unterschiedlichen Sprachen, wobei Albanien nicht zur slawischen Sprachfamilie gehört. Hingegen sprechen Kroaten, Serben, Bosnier und Herzegowiner – von lokalen Besonderheiten abgesehen – die gleiche Sprache, und zwar Serbokroatisch oder Kroato-serbisch.

Aus der unterschiedlichen Geschichte der Völker ergibt sich aber insbesondere eine verschiedene Religionszugehörigkeit. So sind Slowenen und Kroaten vorwiegend katholisch, Serben, Montenegriner und Mazedonier orthodox (seit 1967 in die Serbisch-orthodoxe und die Mazedonisch-orthodoxe Kirche unterteilt) und die Albaner vorwiegend mohammedanisch. Mohammedaner gibt es in größeren Gruppen außerdem in Bosnien-Herzegowina und in Mazedonien. Gerade in Bosnien-Herzegowina ist die Religionszugehörigkeit das entscheidende „ethnische“ Unterscheidungsmerkmal: Orthodoxe sind Serben, Katholiken Kroaten. Die Mohammedaner wurden lange Zeit – ethnologisch unbegründet – als „Türken“ bezeichnet (in Mazedonien gibt es tatsächlich eine türkische Minderheit), bis unter Tito die Nationalität „Moslem“ eingeführt wurde. Bis zur faschistischen Ausrottungspolitik gab es in Jugoslawien eine relativ große jüdische Religionsgemeinschaft, und zwar Aschkenasim mit dem Zentrum in Zagreb und Sephardim mit dem Zentrum in Sarajewo.

Mit Hilfe monarchistischer Offiziere inszenierte König Alexander I. am 6. Januar 1929 einen Staatsstreich. Es wurde eine serbisch dominierte absolute Monarchie ausgerufen, die sich bald als serbische Militärdiktatur entpuppte. Das nun (3. Oktober 1929) in „Königreich Jugoslawien“ umbenannte Land wird in 9 Banate unterteilt, die alle historischen und ethnischen Einheiten unberücksichtigt lassen. (So wurde Serbien zum Donaubanat, Kroatien zum Savabanat, Montenegro zum Zetabanat.) Wichtigste außenpolitische Bündnispartner sind in dieser Zeit Frankreich und Großbritannien, die Kleine Entente (1921) und die Balkanentente (1934).

Seit Beginn der 30er Jahre entwickeln sich im Lande immer stärker faschistische Bewegungen, bei deren stärkster, den kroatischen Ustascha, sich das Streben nach Unabhängigkeit von Belgrad, militanter kroatischer Nationalismus, antiorthodoxer Katholizismus und Klerikalfaschismus – gestützt von Italien und Deutschland – miteinander verknüpfen. In den 30er Jahren orientieren sich die jugoslawischen Regierungen immer deutlicher auf Nazideutschland und das faschistische Italien, und durch den Staatsstreich vom 27. März 1941 kann ein wirksamer Übergang auf seiten der Antihitlerkoalition nicht mehr erzielt werden. Er kommt zu spät. Am 6. April 1941 überfallen Deutschland und Italien Jugoslawien, ab Mitte April beteiligen sich Ungarn und Bulgarien an der Aggression.

Unter dem faschistischen Okkupationsregime wird Jugoslawien zer schlagen: Serbien wird als besiegter Feindstaat behandelt, Kroatien unter dem faschistischen Ustascha-Regime von Ante Pavelic gilt als Verbündeter, Slowenien wird zwischen Deutschland und Italien aufgeteilt, Bosnien-Herzegowina fällt an Kroatien, Ungarn erhält die östliche Vojvodina und Baranja, das Banat wird unter deutsche Herrschaft gestellt, Mazedonien unter bulgarische Verwaltung, das Kosovo und Westmazedonien werden der italienischen Kolonie Albanien zugeschlagen. Dem blutigen Terror der Okkupanten und einheimischen Faschisten fallen über eine Million Menschen zum Opfer. Wenn auch die Zahl der Opfer umstritten ist, so bleibt doch eine Tatsache, daß die kroatischen Ustascha hunderttausende Serben, Juden und Roma brutal ermordeten. Eine jugoslawische Identität, ein Zusammengehörigkeitsgefühl entstehen im Kampf der Partisanenbewegung gegen die Okkupanten und ihre Verbündeten, und der Kroatete Josip Broz Tito erweist sich zweifellos als eine jugoslawische Integrationsfigur. In der Partisanenbewegung scheint der nationale Hader überwunden zu sein. Die im Ergebnis des Sieges über den Faschismus am 25. November 1945 ausgerufene Föderative Volksrepublik Jugoslawien wird als Bundesstaat mit den Volksrepubliken Serbien (einschließlich der autonomen Provinzen Vojvodina und Kosovo), Kroatien, Slowenien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Monte-

negro gebildet. Kollektive Strafen richten sich gegen Ungarn und Deutsche, aber auch gegen Kroaten.

Mit der Verfassung ist die nationale Gleichberechtigung der Völker Jugoslawiens gegeben. Der Nationalismus wird eingedämmt, wenn auch nicht überwunden. Die Behandlung Jugoslawiens durch Stalin hat eine zusätzliche integrierende Wirkung auf das Land. Die jugoslawische Identität – gleichviel, wie tief sie auch immer entwickelt gewesen sein mag – läßt sich jedoch nicht ausschließlich durch den Kampf gegen einen gemeinsamen Gegner oder als Folge äußeren Drucks erklären. Nationalismus wurde auch nicht nur gewaltsam niedergehalten. Aber wenn es eine positive Begründung für die jugoslawische Identität gab, so lag diese im gemeinsamen gesellschaftlichen Weg, im „jugoslawischen Sozialismus“. Auch dieser scheiterte aber ökonomisch, politisch und sozial. Die wirtschaftlichen und sozialen Probleme des Landes wuchsen generell. Das beträchtliche ökonomische und soziale Gefälle zwischen den Republiken und Regionen nahm eher zu als ab, was wiederum einen fruchtbaren Nährboden für Nationalismus und Sezessionsbestrebungen darstellte.

Seit Beginn der 70er Jahre nahmen die Spannungen im Lande deutlich zu, 1988 kam es zu blutigen Unruhen im Kosovo; die Belgrader Führung orientierte sich etwa seit 1987 immer deutlicher auf serbischen Nationalismus. Der Versuch zur Aufrechterhaltung des jugoslawischen Staatsverbandes erfolgt nun vorrangig unter großserbischen Vorzeichen. Dies verstärkt insbesondere in Slowenien und Kroatien die Sezessionsbestrebungen. Der Bund der Kommunisten Jugoslawiens (BdKJ) zerfällt faktisch in nationale Parteien. Schließlich bleibt als einziger „Integrationsfaktor“ die jugoslawische Volksarmee übrig.

Unabhängig von der serbischen Dominanz ist damit aber die gesellschaftliche Situation von vornherein gewaltträchtig. Wie sollen schließlich Streitkräfte „Integration“ anders bewirken als durch militärische Macht und bewaffnete Gewalt?

Infolge der jugoslawischen Militärdoktrin und Verteidigungsstruktur bestehen aber in den einzelnen Republiken auch Territorialstreitkräfte, die weit weniger durch Belgrad als durch die jeweiligen Republiken geführt werden. Im Sezessionsfall

sind damit auch militärische Instrumente der Sezession potentiell vorhanden. Im Falle Sloweniens ist dies angesichts der ethnischen Struktur der Republik (94% Slowenen) ganz eindeutig. In Kroatien hingegen ist dies weitaus komplizierter. Zwar sind ca. 79% der Einwohner Kroaten, aber immerhin über 14% Serben, die zudem teilweise in einigen relativ geschlossenen Siedlungsgebieten (z.B. Krajina) leben. Hier sind die Territorialstreitkräfte nicht nur Instrument der Sezession, sondern auch blutiger ethnischer Auseinandersetzungen. In Bosnien-Herzegowina (39,6% Moslems, 37,2% Serben, 20,6% Kroaten) war die blutige Katastrophe zu erwarten.

Um 1990 ist die Führung der jugoslawischen Bundesarmee – wie die Belgrader Zentrale überhaupt – bereits weitgehend serbisch dominiert. In der Bundesarmee dienen aber nach wie vor Angehörige der Nationalitäten. Es wäre die Aufgabe der Bundesarmee, Jugoslawien zu verteidigen, so wie dies Artikel 238 der Bundesverfassung verlangt: „Niemand hat das Recht, die Kapitulation der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien oder eines ihrer Teile anzunehmen oder anzuerkennen.“ Wer aber ist zu diesem Zeitpunkt „Jugoslawien“? Daß die in der Bundesarmee dienenden Slowenen oder Kroaten die Belgrader (weitgehend serbische) Führung gegen Slowenien und Kroatien verteidigen, ist kaum zu erwarten, während sich andererseits die in Kroatien lebenden Serben auf Belgrad orientieren.

1991 erklären Slowenien und Kroatien ihre staatliche Unabhängigkeit. Es kommt zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den unterschiedlichsten Konfliktparteien. Während noch 1991 die Bundesarmee Slowenien räumt, gehen die Kämpfe in Kroatien weiter. Dies erweist sich jedoch erst als das Vorspiel der blutigen Auseinandersetzungen in Bosnien-Herzegowina. (Zur Chronik der Ereignisse verweise ich auf: Reinhard Mutz, Gert Krell und Heinz Wismann (Hrsg.), Friedensgutachten 1992, Münster – Hamburg 1992, S. 332-337.)

Die Lage ist nun so, daß es für Jugoslawien – im Unterschied zu anderen ost- und südosteuropäischen Staaten – nach dem Scheitern des „realen Sozialismus“ keine reale Möglichkeit eines gesellschaftlichen Neubeginns als Gemeinwesen gibt. Von einer

„Föderation souveräner Staaten“, die ursprünglich auch slowenische und kroatische Politiker als Ziel nannten, ist nun schon keine Rede mehr. Die wahrscheinlichste Perspektive ist der Zerfall in mehrere kleine Staaten, die zudem nach längeren blutigen Kämpfen dauerhaft untereinander verfeindet sind. Hier zeigen sich Parallelen zur Sowjetunion und – wenn auch mit ganz anderen Begleitumständen – zur Tschechoslowakei.

Jugoslawien hat sich in ein blutiges Konfliktgemenge aufgelöst. Im eigenen Nationalstaat, der noch dazu möglichst ethnisch gesäubert sein soll, wird das Allheilmittel für alle bestehenden Probleme gesehen. Der Nationalismus erweist sich als das stärkste Mittel der Massenmobilisierung, für welche Ziele auch immer. Ethnische Zugehörigkeit rangiert vor den Menschenrechten jedes einzelnen Menschen, ethnische Zusammengehörigkeit vor Demokratie, Freiheit wird ethnisch buchstabiert. Vernunftgründe finden kaum einen Adressaten.

Nun kann niemand – weder im Inneren, noch von außen – auf Dauer Völker, die nicht zusammengehören wollen, mit Gewalt dazu zwingen. Sicher läßt sich auch sagen, daß die bloße Existenz einer Vielzahl von Nationalstaaten die gewaltigen ökonomischen und sozialen Probleme nicht lösen wird. Schließlich ist ja damit auch der Zusammenbruch der meisten ökonomischen Kooperationsbeziehungen des bisherigen inneren (jugoslawischen) Marktes verbunden, ohne daß neue äußere Märkte gewonnen würden. Dies erhöht z. B. auch die Schwierigkeiten relativ entwickelter Gebiete wie Slowenien. Das Hauptproblem ist nicht die Größe der entstehenden Staaten. Es ist nicht die Größe eines Staates allein, die über seine Lebensfähigkeit entscheidet. Der Nationalstaat kann ja auch eine historische Durchgangsstufe zu den verschiedensten Gemeinschaften sein, wenn eben der Weg dahin nicht durch hochgradige Verfeindung auf lange Sicht versperrt bleibt.

Das erste Hauptproblem ist also eine dauerhafte Verfeindung der Ethnien (Nationen) und ihrer Staaten im Raum. Heute ist es müßig darüber zu streiten, ob eine Vielzahl kleiner Nationalstaaten eine günstige Lösung im Interesse der Völker ist, ob es nicht bestimmte gemeinsame Lösungen (auch z. B. nach dem Austritt

Sloweniens aus dem Staatsverband) gegeben hätte. Die Realität der Gegenwart sind blutige bewaffnete Auseinandersetzungen, deren Ausgang und Ende nicht abzusehen sind.

Das zweite Problem besteht darin, daß eine ganze Reihe der neu entstehenden Staaten den Keim der Instabilität in sich tragen. Auf die ethnische Struktur Kroatiens wurde bereits hingewiesen. Andererseits leben über eine Million Kroaten außerhalb Kroatiens, insbesondere in Serbien (Ostslowenien) und in Bosnien-Herzegowina. Eine Teilung von Bosnien-Herzegowina und ein Gebietsaustausch zwischen Serbien und Kroatien sind ohne massive militärische Auseinandersetzungen kaum vollziehbar.

Serbien sieht sich, selbst verschuldet oder nicht, von Feinden umgeben. Wie lange Montenegro an der Seite Serbiens bleibt ist fraglich. Serbien wäre als Nationalstaat möglich, aber es gibt mindestens zwei große Schwierigkeiten zu lösen.

Die erste besteht darin, daß die Vojvodina (55,8% Serben, 21,7% Ungarn, 7,1% Kroaten, 3,7% Slowaken, 2,7% Rumänen, 1,8% Montenegriner, 1,3% Ruthenen, 5,9% sonstige) und das Kosovo (73% Albaner, 18,4% Serben, 2,5% Montenegriner, 2,1% Moslems, 1,2% Roma, 1% Türken) autonome Provinzen Serbiens sind. In beiden Fällen, auch im Falle Kosovos, gibt es keine einfachen Lösungen außerhalb Serbiens.

Die zweite Schwierigkeit besteht darin, daß über 2 Millionen Serben, rechnet man die Vojvodina und Kosovo mit, über 3,5 Millionen Serben außerhalb Serbiens leben. Im Falle Kosovos kommt die geradezu mystische Erinnerung an die Schlacht auf dem Amselfeld (1389) hinzu.

Schon gravierender ist die Frage des Zugangs Serbiens zur Adria über Kroatien, obgleich es hier im Hinterland der dalmatinischen Küste eine serbische Minderheit gibt, wäre er kaum zu erreichen. Ein Zugang über Bosnien-Herzegowina (Raum Ploce) wäre einerseits nur sehr schmal, andererseits ist gerade dieser Raum nicht serbisch besiedelt. Es bleibt der Zugang über Montenegro, wo er aber eben von den Beziehungen zwischen Serbien und Montenegro abhängig ist. Das Schicksal Montenegros (67% Montenegriner, 13,3% Moslems, 7,5% Serben, 6,7% Albaner, 7,1% sonstige) aber liegt im Dunkeln.

Täglich erreichen uns nun die Meldungen über Kämpfe (und Waffenstillstände) in Bosnien-Herzegowina. Hier kämpfen Reste der einstigen Bundesarmee, kroatische, serbische und moslemische Milizen, Freischärler, Parteiarmeen und Banden unterschiedlicher Zusammensetzung. Eine politische Lösung ist nicht abzusehen, und jede politisch-strukturelle Lösung oder Teilung des Landes dürfte neue Kämpfe entfachen. Dies gilt auch für die Idee der Kantonisierung, die aus ethnisch-territorialen Gründen wenig Aussicht auf Erfolg hat. Bosnien-Herzegowina ruft aber auch immer wieder Serbien und Kroatien zur „Verteidigung“ ihrer Landsleute auf den Plan. Versuchen türkische Politiker ihre Äußerungen, daß die Türkei der natürliche Sachwalter der Interessen der Moslems auf dem Balkan sei, zu realisieren, ist die Internationalisierung des Konfliktes zu befürchten.

Internationale Aspekte hat auch die Existenz eines unabhängigen Mazedoniens (69% Mazedonier, 17,2% Albaner, 6,6% Türken, 2,7% Serben, 1,5% Roma). So gibt es sowohl in Bulgarien als auch in Griechenland Kräfte, die die Auffassung vertreten, daß die Mazedonier eigentlich Bulgaren bzw. Griechen seien, andererseits gehören einstige Teile Mazedoniens heute zu Griechenland und in geringerem Umfang auch zu Bulgarien. Als weiterer Konfliktpartner kommt Albanien (mit oder ohne Kosovo) in Frage.

Die neuen Nationalstaaten sind also in sich potentiell oder bereits realiter instabil und stehen teilweise auch vor internationalen Verwicklungen, die hier gar nicht alle erwähnt wurden. Gibt es nun aber keine halbwegs erträgliche Besserung der Lebensverhältnisse in diesen instabilen Nationalstaaten – durch den Nationalstaat wird die Besserung ja erwartet – wer ist dann der Feind, wer muß dann geschlagen werden, was kommt dann? Den Weg zu gemeinsamen Lösungen haben ja dann die langen blutigen Kämpfe, die Opfer auf allen Seiten versperrt. Aggressive Ausbrüche nach außen, verschärft durch mögliche italienische, ungarische, rumänische, bulgarische, griechische, albanische Begehrlichkeiten und türkische „Interessenwahrnehmung“ sind dann nicht auszuschließen.

Das Hauptproblem der Gegenwart auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien besteht deshalb darin, die bewaffneten Auseinandersetzungen zu beenden, die vielfältigen Konflikte insbesondere durch die Gewährung und Achtung von Minderheitenrechten friedlich zu regeln (lösbar dürften eine Reihe von Konflikten ohnehin nicht sein) und wirksame Instrumentarien friedlicher Streitbeilegung im Raum zu installieren. Hier darf keine Ethnie, keine Gruppe ausgeschlossen bleiben. Dies gilt gerade auch hinsichtlich der Serben, die mit über 8 Millionen (39,7% der Bevölkerung des einstigen Jugoslawien) die größte Ethnie im Raum sind und bleiben.

Welche Rolle können nun Streitkräfte bei der friedlichen Streitbeilegung im Raum spielen?

Von den Streitkräften der jeweiligen neuen Nationalstaaten sind kaum positive Wirkungen zu erwarten. Die generelle Beschränkung ihrer Handlungsfreiheit wäre eine friedensfördernde Maßnahme. Dies gilt nach innen wie nach außen – nach innen deshalb auch, weil sonst die Konflikte nach dem Prinzip: ‚Schlägst Du „deine“ Serben, schlage ich „meine“ Kroaten‘ und umgekehrt eskalieren. Erforderlich wäre die völlige Entwaffnung aller irregulären oder halbregulären militärischen Organisationen. Da man hierbei oft nicht Staaten haftbar machen kann, ist dies nur sehr schwer realisierbar.

Was den Einsatz ausländischer Streitkräfte betrifft, mag man ihn generell bejahen oder ablehnen, muß in jedem Fall die Frage nach dem politischen Zweck, nach den politischen Zielen und ihrer Erreichbarkeit sowie nach den möglichen Folgen eines militärischen Eingreifens gestellt werden.

Dort, wo es sich eindeutig um zwischenstaatliche Konflikte handelt, kann es, meiner Meinung nach, nach Einstellung der Kampfhandlungen sinnvoll sein, ausländische Streitkräfte unter UNO-Befehl zeitweilig zur Schaffung von Sicherheitskordons zwischen die Konfliktparteien zu ziehen. Flammt der Konflikt aber wieder auf, so wäre die Einbeziehung dieser Streitkräfte in die Kampfhandlungen zu befürchten. Ein solcher Einsatz kann auch mit sich bringen, daß dann ausländische Streitkräfte helfen, territoriale Gewinne zu sichern.

Ein Einsatz ausländischer Streitkräfte zur Befriedung des Raumes mit bewaffneter Gewalt wäre nicht nur überaus umfangreich, sondern hätte auch wenig Aussicht auf bleibenden Erfolg. Was den erforderlichen Streitkräfteansatz betrifft, so gibt es unterschiedliche Schätzungen, die von 400 000 bis zu 1 Million Mann reichen. Ein Einsatz in Bosnien-Herzegowina würde ja wahrscheinlich Einsätze in Serbien, Kroatien und Montenegro verlangen. Militärisch hieße dies, daß man den gesamten Raum mit Landstreitkräften besetzen muß und dann eine unter Umständen langwierige Guerilla gegen verbliebene Freischärler, Milizen, Banden usw. mit Kommandos führen muß. Kräfteansatz und Opfer wären sehr hoch, Aussichten auf Erfolg sehr gering.

Eine militärische Lösung durch Einsatz ausländischer Streitkräfte ist so nicht möglich. Ein Kampfeinsatz führt nicht zum Ziel eines dauerhaft gesicherten Friedens. Daß Deutsche, aber auch Italiener, Ungarn, Bulgaren und andere, sich aus militärischen Einsätzen – nicht nur aus Kampfeinsätzen – in diesem Raum heraushalten sollten, dürfte weitgehend unbestritten sein. Auch Türken wären in diesem Raum kaum eine geeignete Ordnungsmacht. Daran würde auch ein UNO-Oberbefehl nur wenig ändern.

Schließlich wären stets mögliche Fernwirkungen solcher Aktionen auf Entwicklungen in der ehemaligen Sowjetunion zu berücksichtigen.

Ausländische Streitkräfte können sinnvoll zur Durchführung und Unterstützung humanitärer Aktionen für die notleidende Zivilbevölkerung eingesetzt werden. Führung, Ausrüstung, logistische Fähigkeiten lassen Streitkräfte hierfür besonders geeignet erscheinen. Bedarf es jedoch keines bewaffneten Schutzes derartiger Aktionen, so braucht man für sie eigentlich auch keine Streitkräfte. Fehlen andere Organisationsformen oder sind sie nicht genügend schnell verfügbar, so wird man zweckmäßigerweise immer wieder auf Streitkräfte zurückgreifen. Wird jedoch der bewaffnete Schutz humanitärer Aktionen verlangt, so sind derartige Einsätze keineswegs risikofrei. Werden Blauhelme bei der bewaffneten Begleitung von Hilfslieferungen oder Evakuierungen und Flüchtlingsbewegungen der Zivilbevölkerung angegriffen, so

sind entweder ihre Möglichkeiten zur Abwehr sehr begrenzt, oder es besteht die Gefahr der Verwicklung in größere bewaffnete Kämpfe. Die Begleitung von Flüchtlingsströmen und Evakuierungen kann zudem den unerwünschten Nebeneffekt einer Förderung von „ethnischen Säuberungen“ haben.

Ein internationaler Militäreinsatz unter UNO-Befehl (unter weitaus vollständigerer Nutzung aller Möglichkeiten, die die UNO-Charta bietet) sollte in erster Linie der Austrocknung des Konfliktes dienen. Dazu ist der Gesamttraum konsequent zu blockieren und mit hinreichender Sicherheit gegen die Zufuhr von Waffen, militärischen Versorgungsgütern und Personal abzuschirmen. Dies ist zumindest in einem solchen Umfang realisierbar, daß Waffen, Gerät, Munition und militärisches Personal in beachtenswerten Größenordnungen nicht durchkommen. Daß eine Blockade nicht absolut wasserdicht sein kann, ist kein Argument gegen sie. Ein Problem werden auch immer Güter sein, die wie Treibstoffe, Nahrungsmittel oder Medikamente sowohl zivil als auch zur Sicherstellung militärischer Aktivitäten genutzt werden können.

Auf Beschluß der UNO (des UN-Sicherheitsrates) könnten zudem die Streitkräfte, die wichtigsten militärischen Anlagen sowie die Rüstungsbetriebe aller Konfliktparteien unter UNO-Aufsicht gestellt werden. Man kommt damit nahe an einen Besatzungsstatus, der nur dann ohne umfassenden Kampfeinsatz realisierbar ist, wenn die Konfliktparteien diesen Maßnahmen zumindest prinzipiell zustimmen. Auf jeden Fall würde dadurch die Austrocknung der Kämpfe gefördert, selbst wenn irreguläre oder halbreguläre bewaffnete Kräfte nicht voll erfaßt werden. Streitkräfte können mithin zur friedlichen Regelung des Konfliktes (der Konflikte) beitragen, bereinigen oder lösen können sie diese nicht.

In der gegenwärtigen Situation bedarf es vor allem eines weitaus einheitlicheren und konsequenteren politischen Einwirkens der Weltgemeinschaft auf alle Konfliktparteien, eines politischen Einwirkens, das beharrlich bleibt, auch wenn es Rückschläge gibt. Mangelndes Bedenken möglicher künftiger Konflikte und der Verzicht auf rechtzeitige vorbeugende Maßnahmen kann

verhängnisvoll sein. Gegenwärtig betrifft das insbesondere die Vojvodina und Kosovo, aber auch die Durchsetzung einer vernünftigen, von Atavismen freien Haltung Griechenlands und Bulgariens zu einem selbständigen Staat Mazedonien.

Es gibt weder kurzfristige Lösungen noch militärische Patentlösungen. Ja, es ist zu befürchten, daß Europa und die Welt noch eine ganze Zeit mit blutigen Kämpfen im ehemaligen Jugoslawien leben müssen. Es kommt jedoch bei aller Kompliziertheit der Probleme darauf an, zu jedem Zeitpunkt alles Notwendige und Mögliche zur Wiederherstellung und Sicherung des Friedens zu tun, tatsächlich praktisch zu tun. Denn wirklich leben können wir mit dem Blutvergießen im ehemaligen Jugoslawien auf die Dauer nicht.

Anmerkungen und Quellen

1. Die Angaben über die ethnische Struktur Jugoslawiens und seiner Regionen sind in der Literatur nicht einheitlich. Seit dem Ausbruch der Konflikte weichen sie zudem in Abhängigkeit davon, wer sie macht, immer stärker voneinander ab.

Ich verwende die Ergebnisse der sehr detaillierten Volkszählung vom 31. März 1971. Ihr damaliger Genauigkeitsgrad macht die Tatsache wett, daß bereits einundzwanzig Jahre seit ihrer Durchführung vergangen sind.

Zu beachten ist auch, daß sich inzwischen durch die Kämpfe und ihre Opfer, Flüchtlingsbewegungen, Evakuierungen und Vertreibungen bestimmte Veränderungen ergeben haben.

2. Neben der Tagespresse, Wochenzeitungen und Zeitschriften wie z. B. „Time International“, „Spiegel“, „Die Zeit“, „S+F“, „Europäische Sicherheit“ usw. nutzte ich vor allem folgende Quellen:

- Jugoslawien, Republiken und Provinzen, Belgrad 1979.
- „Jugoslawien“, in: Kleine Enzyklopädie Weltgeschichte Bd. 1, Leipzig 1981.
- Atlas zur Weltgeschichte, Stuttgart-München 1991.
- Krieg in Europa. Jugoslawien, TAZ-Journal, Frankfurt a.M. 1991.
- Bruno Schoch, Nach Straßburg oder nach Sarajewo?, HSFK-Report 6/1992, Frankfurt a.M. 1992.
- Reinhard Mutz; Gert Krell; Heinz Wismann (Hrsg.), Friedensgutachten 1992, Münster-Hamburg 1992.
- Henrik Bischof, Die Europäische Sicherheit und das Pulverfaß Europa, Studie der Abteilung Außenpolitikforschung im Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1992.
- Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, B 31-32/92, 24. Juli 1992.
- Hylke Tromp, The Military Revolutions and the Revolution in International Relations, in: Peace and the Sciences, Wien 1992.

Aus der Diskussion

Wolfgang D e m m e r

Sicherlich kann man den notwendigen Aufwand und die Erfolgsaussichten für einen militärischen Einsatz berechnen – und die Kräfteberechnungen haben bereits auch zu einer Ablehnung militärischen Eingreifens in Jugoslawien geführt.

Das Problem liegt aber eigentlich tiefer bzw. anders. Schon der Ansatz, wieviel Kräfte und Mittel für die Zerschlagung serbischer Stützpunkte in Bosnien erforderlich sind, spiegelt eine Parteinahme für eine der Seiten wider, d. h. eine Verurteilung bzw. „Rechtsprechung“ gegenüber der anderen Seite.

Es ist auch keinesfalls so, daß die Frage nach dem Recht der Seiten oder nach dem Aggressor offen sei – in der deutschen Presse jedenfalls dominiert deutlich eine Verurteilung der Serben und Restjugoslawiens, obwohl man sehr wohl auch die Geschichte und die heutige Bewegung in Kroatien einschätzen kann.

Auch die diplomatische Anerkennung Sloweniens und Kroatiens durch die Bundesrepublik Deutschland ist Parteinahme einerseits und Verurteilung andererseits.

Daraus leitet sich ziemlich eindeutig ab, daß es kaum einen neutralen und damit friedenstiftenden militärischen Einsatz in dieser Region geben kann. Egal, von welcher Institution (UNO, NATO, EG, KSZE) ein militärisches Eingreifen getragen wird, es erfolgt – zumindest in diesem Fall – immer politisch orientiert gegen eine Seite zugunsten der anderen Seite, und das ist Einmischung in innere Angelegenheiten oder eben Befriedung, aber keine Friedensmission.

Oder aber man wäre in der Lage zu einer vorangehenden objektiven internationalen Rechtsprechung!

Es ist durchaus möglich, daß die Machtzentren in der Welt das ehemalige Jugoslawien als Modellfall für die Problemlösungen der ehemaligen Sowjetunion betrachten. Auch dort drohen (oder finden schon statt) nationale Kriege, denen man wohl nicht mit Waffengewalt begegnen kann. Das würde einheitlichen politischen Willen der „Friedensstifter“ voraussetzen, eine „über alle politischen und wirtschaftlichen Differenzen erhabene“ Ordnungsmacht, eine „neutrale“ Weltpolitik. Die aber gibt es nicht.

Die unterschiedlichen politischen und vor allem wirtschaftlichen Machtinteressen sind das eigentliche Dilemma.

Im Grunde genommen sind ja die aktuellen und potentiellen

Krisen- und Kriegsherde in Europa durch die Entpolarisierung des Ost-West-Konflikts – was gut ist – und den Zerfall solcher Staatenbünde wie Jugoslawien und die Sowjetunion – der neue Konflikte heraufbeschwört – entstanden. Der eigentliche irrationale Prozeß zu einer neuen Kleinstaaterei läuft dem internationalen Trend zu multinationalen Bündnissen doch offensichtlich entgegen.

Vorausschauende Friedenssicherung würde bedeuten, diese neuen nationalistischen Bestrebungen von vornherein zu verhindern, statt sie zu fördern. Es war schon immer schwer zu helfen, nachdem das Kind in den Brunnen gefallen ist. Es würde auch heute weniger am Instrumentarium – ob militärisch oder diplomatisch – als an der notwendigen Einigkeit politischen Willens und Handels fehlen.

Der jetzige bedrohliche Zustand und die gefährliche Entwicklung auf dem Balkan und in Osteuropa sind objektiv ein Versagen der Politik.

Da diese Prozesse aber vorauszusehen waren und Politik nicht blind betrieben wird, liegt es jedoch wohl eher in der Absicht politischer und wirtschaftlicher Kräfte, so gehandelt zu haben. Keinesfalls, jetzt und künftig, darf und kann die Lösung der Probleme an das Militär übertragen werden.

Die Notwendigkeit von Streitkräften und deren Mission bestehen erstrangig in Verteidigungsaufgaben, und die ohnehin angegriffene Akzeptanz von Streitkräften darf nicht vollends vergeben werden durch ihren Einsatz für von vornherein zum Scheitern verurteilte Scheinlösungen.

Horst G r o ß m a n n

Jugoslawien und die Sicherheitspolitik

Das Scheitern der Bemühungen der internationalen Organisationen, den Krieg im ehemaligen Jugoslawien zu beenden, hat zu einer allgemeinen Ratlosigkeit geführt. Anscheinend muß der Konflikt entweder sich austoben oder durch einen militärischen Eingriff von außen gewaltsam gestoppt werden.

Einmal mehr erweist sich der Krieg als die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Es fragt sich nur: welcher Politik?

Natürlich ist auch der gegenwärtige Krieg in Jugoslawien zunächst die Fortsetzung der Politik der Konfliktparteien in Jugoslawien selbst. Aber bei dieser Einschätzung kann man nach meiner Ansicht nicht stehen bleiben. Bei den bestehenden Interdependenzen in Europa und in der ganzen Welt reicht es nach meiner Auffassung nicht mehr aus, nur die Politik der kriegführenden

Parteien zur Beurteilung eines Krieges heranzuziehen. Zu berücksichtigen wäre auch die Politik jener Mächte und Organisationen, die durch ihre Aktivitäten oder Unterlassungen den Ausbruch des Konfliktes zumindest begünstigt haben. Das Feld der Politik ist in unserer Zeit immer komplexer geworden. Es bestehen internationale Organisationen, die der Beilegung von Konflikten dienen, zu allererst die UNO und in Europa zusätzlich die EG, die WEU, die KSZE und nach ihrem eigenen Selbstverständnis auch die NATO. Es gab aber auch das Bemühen einzelner Staaten, den Konflikt beizulegen. Jeder Akteur in diesem Geschehen muß es sich gefallen lassen, daß geprüft wird, in welcher Weise seine diplomatische Aktivität den Konflikt gedämpft oder aber auch begünstigt hat; denn der Krieg ist eben mitunter auch die Folge einer verfehlten Politik. Damit ist noch keineswegs eine Absicht unterstellt.

Worauf will ich hinaus? Das Völkerrecht hat das Recht auf Selbstbestimmung zu einer seiner wichtigsten Forderungen erhoben. Seit Bestehen der bürgerlichen Gesellschaft ist die Forderung der Selbstbestimmung ein berechtigter Anspruch aller Völker. Dieser Anspruch richtet sich gegen Mächte, die das Selbstbestimmungsrecht der Völker mit Füßen treten. Zu allen Zeiten konnte jedoch das Recht auf Selbstbestimmung auch politisch mißbraucht werden. Eine zwiespältige Rolle spielten Fragen der Selbstbestimmung in der Zeit des Kalten Krieges. In den Schlachten des Kalten Krieges wurden Regungen des Nationalismus in den sozialistischen Ländern erbarmungslos ausgenutzt. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker wurde durch die Staaten des Westens eingeklagt, nicht immer nur mit lauterer Absicht. Natürlich, daß sei hier unterstrichen, Verletzungen des Rechts auf Selbstbestimmung in den Ländern des realen Sozialismus waren gegeben, aber eben nicht nur dort. Entgegen offiziellen Verlautbarungen waren alte nationale Konflikte in der Sowjetunion, in Jugoslawien, Bulgarien, in der Tschechoslowakei und anderswo nicht gelöst worden. Zudem wurden durch eine verfehlte Politik, oft durch pure Willkür, neue nationale Konflikte heraufbeschworen. Diese Konflikte wurden zugedeckt, nicht zuletzt durch den Ost-West-Konflikt, der in eine atomare Katastrophe auszufern drohte.

Nach dem Zusammenbruch des realen Sozialismus trat der Anspruch vieler Völker Osteuropas und auf dem Balkan auf Selbstbestimmung offen zutage, brach der Nationalismus, der bis dahin verdeckt schwelte, offen aus. Aber der Nationalismus ist eine zweischneidige Sache, wie die Verfasser des jüngsten Berichts des Club of Rome unterstreichen: „Basiert er auf dem alten Konzept des Nationalstaates, kann er allzuleicht eine Quelle der Intoleranz,

des Konflikts und eines übersteigerten Rassismus werden.“

(Die Globale Revolution. Ein Bericht des Club of Rome. In: Spiegel. Spezial, Nr. 2/1991, S. 71/72)

Zu einer Quelle des Konflikts ist der Nationalismus im ehemaligen Jugoslawien in der Tat geworden. Er gehört auf jeden Fall zu jenen Faktoren, die zum Ausbruch des wohl grausamsten Gemetzels auf europäischem Boden nach dem 2. Weltkrieg führten.

Im Interesse der Vermeidung zukünftiger Konflikte ähnlicher Art wäre zu fragen: Ist der Ausbruch des gegenwärtigen Krieges in Jugoslawien nicht auch durch die Politik jener Länder mit verschuldet, die entgegen aller Vernunft die voraussetzungslose Abtrennung Sloweniens, Kroatiens und in der Folge Bosniens durch vorschnelle diplomatische Anerkennung unterstützt haben, noch bevor die Modalitäten der Trennung ausgehandelt werden konnten? Ist man hier nicht dem alten konfrontativen Denken aus der Zeit des Kalten Krieges gefolgt, wo eigentlich ein neues, den veränderten Bedingungen angepaßtes diplomatisches Reagieren erforderlich gewesen wäre?

Das betrifft wohl insbesondere die Bundesrepublik Deutschland, die in der Frage der vorbehaltlosen Anerkennung der Staaten, die sich von Jugoslawien lossagten, den Schrittmacher gespielt hat. Es war doch zu erkennen, daß vor der Auflösung der jugoslawischen Föderation eine Reihe von Fragen zu lösen waren: Fragen ökonomischer Natur, aber auch ethnische Fragen, Fragen der Grenzen, Fragen also, die heute durch den Krieg gelöst werden sollen. Es ist sogar ein neuer Begriff geprägt worden, der der ‚ethnischen Säuberung‘. Aber allein diese Tatsache zeugt doch davon, daß eine Aufteilung des Landes nach den bestehenden Grenzen garnicht konfliktlos zu lösen war. Es hatten doch in den Jahren der Existenz der jugoslawischen Föderation Migrationsprozesse stattgefunden, die zu erheblichen Veränderungen der Bevölkerungsstruktur geführt haben. Teile der Bevölkerung wurden nun über Nacht zu nationalen Minderheiten in der angestammten Heimat, aber in einem nun fremden Staat. Ihr Status war nicht geklärt, berechtigt oder nicht, Repressionen waren zu befürchten. Ein willkommenen Anlaß für Nationalisten, hier im Trüben zu fischen. Wäre es angesichts solcher Tatsachen nicht richtiger gewesen, die staatliche Anerkennung der Teilrepubliken, die aus dem Bund heraus wollten, an die friedliche Lösung all dieser Probleme zu knüpfen?

Für eine künftige Sicherheitspolitik in Europa wäre es nach meinem Dafürhalten erforderlich, aus solchen Pannen Lehren zu ziehen. Oder waren es keine Pannen, sondern Absicht?

Der Schwerpunkt für Konfliktregulierung muß nach meiner Meinung immer mehr in die Frühphase des Auftretens von Spannungen ver-

legt werden. Aber hier zählen nicht die militärischen Lösungen, sondern die politischen. In der gegenwärtigen Phase ist aber die Politik in Theorie und Praxis mehr mit der militärischen Konfliktregelung beschäftigt. Konflikte wie der Golfkrieg und der Krieg in Jugoslawien regen weniger zur Suche nach einer Sicherheitspolitik mit friedlichen Mitteln an als vielmehr zur Entwicklung immer neuer Theorien, wie man das Militär auf künftige Konflikte vorbereiten kann. Das gilt in besonderem Maße für die deutsche Politik: Verfassungsänderung, Blauhelmeinsatz und Kampfeinsatz der Bundeswehr ‚out of area‘ bringt manchen Redner ins Schwärmen, nicht aber das Nachdenken darüber, ob nicht die alte Außenpolitik eine Menge Konfliktpotential enthält. Erst in einer qualitativ neuen Sicherheitskonzeption, die alle Möglichkeiten einer friedlichen Konfliktregulierung auch wirklich ausschöpft, hätte dann auch die militärische Komponente ihren angemessenen Platz. Gegenwärtig läuft aber die Diskussion genau umgekehrt: Man denkt vielmehr darüber nach, wie man Militär unter veränderten Bedingungen noch sinnvoll verwerten kann.

Es scheint, als würde nicht nach Clausewitz'scher Art gefragt: ‚Welche militärischen Mittel braucht die Politik?‘, sondern ‚Welche Politik braucht das Militär zur eigenen Daseinsberechtigung?‘ ...

Rolf L e h m a n n

Ich stimme einer der wesentlichsten Schlußfolgerungen im Vortrag voll zu – daß durch einen militärischen Einsatz, d. h. den Einsatz von Kampftruppen der UNO, EG oder NATO, die politischen und nationalen Probleme im ehemaligen Jugoslawien nicht lösbar sind.

Besorgniserregend und teilweise erschreckend sind für mich vor allem zwei Dinge.

E r s t e n s : Ungeachtet der Tatsache, daß sich viele führende Militärs westlicher Länder offen gegen einen militärischen Einsatz von Truppenkontingenten aussprechen bzw. sich sehr zurückhaltend äußern, darf nicht übersehen werden, daß es auch andere Meinungen gibt. So ist es schon etwas kurios, wenn ein SPD-Verteidigungsexperte wie z. B. Andreas von Bülow offen polemisiert, was man mit ‚gezielten Schlägen‘ der Luftwaffe gegen Artilleriestellungen erreichen könnte, - kurios deshalb, weil sich ja, zumindest bisher, die SPD immer konsequent gegen die Entsen-

derung von Kampftruppen ausgesprochen hat. Meldungen darüber, daß in Führungsorganen der NATO bestimmte Scenarios als Modelle schon durchgespielt wurden, müssen auch sehr ernst genommen werden. Erfahrungsgemäß kommt die Aufgabenstellung für solche ‚Planspiele‘ von der politischen Führung.

Wenn dann etwa gleichzeitig von den Presseagenturen gemeldet wird, daß der Präsident Georgiens, Schewardnadse, mit dem Gedanken spielt, die NATO um Hilfe zu bitten, weil er zur friedlichen Lösung der Probleme in seinem Lande keine eigenen Möglichkeiten mehr sieht, dann macht das schon mehr als betroffen. Dabei ist in diesem Fall die Betroffenheit besonders groß, weil man ja doch sicher Herrn Schewardnadse als Außenminister der ehemaligen UdSSR mit zu den Initiatoren und Konstrukteuren für die Beendigung des OST-WEST-Konflikts rechnen muß.

Z w e i t e n s ist für mich erschreckend, daß neben den westlichen Politikern offensichtlich auch die Friedensbewegungen in Deutschland und Westeuropa von einer Ohnmacht befallen sind, - erschreckend deshalb, weil die Friedensbewegung in Zeiten, als der Krieg rein räumlich viel weiter weg von Europa war, mit überall hörbaren Aktionen in der Welt aufgetreten ist.

Eine Ursache besteht offensichtlich darin, daß auch die Friedensbewegung auf die veränderte Situation in Europa noch nicht vorbereitet ist. Daraus ergibt sich meines Erachtens auch ein Anspruch an unsere Studiengemeinschaft – im Rahmen unserer Möglichkeiten dazu beizutragen, daß im Ergebnis wissenschaftlicher Untersuchungen Empfehlungen erarbeitet werden können, wie gegenwärtig und künftig Konflikte ohne militärische Gewalt gelöst werden können bzw. wie ausgebrochene militärische Konflikte schnell beendet werden müssen.

Wolfgang S c h e l e r

Der jugoslawische Sezessionskrieg und die europäische Kriegsverhütungspolitik

Die jugoslawische Tragödie offenbart wie kein anderes Ereignis, daß Europa entgegen den Erwartungen und Verheißungen der Charta von Paris nicht in ein neues Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der Einheit eingetreten ist. Wir sind Zeugen eines entsetzlichen Rückfalls in die Barbarei, wo Konflikte ohne die Suche nach friedlichen Lösungen, unter Mißachtung von Demokratie und Menschenrechten mit allen verfügbaren Mitteln der Gewalt

und einer Grausamkeit ausgetragen werden, zu der nur der Haß den Menschen fähig macht.

Anstatt zum Frieden ist man bereit zum Krieg. Anstatt einen demokratischen, rechtlichen Lösungsweg beschreitet man den Weg der hemmungslosen Gewalt. Anstelle des Strebens nach Einheit steht über allem die Spaltung, die nationale Separierung, die ethnische und religiöse Ausgrenzung. Ein neues Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der Einheit in Europa? Welch ein politisches Fehltriteil ! Welch ein Zusammenbruch der Illusionen ! Welch ein Versagen europäischer Sicherheitspolitik !

Ratlos steht die gerühmte Politik der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die eine dauerhafte europäische Friedensordnung errichten wollte, vor einem Scherbenhaufen. Ohnmächtig, die Kriegsflagel auf dem Balkan auszutreten, ist sie noch weniger imstande, andere Konfliktherde so zu behandeln, daß ein gewaltsamer Ausbruch verhindert wird. All die mit großem Aufwand unterhaltenen und hochgewürdigten Sicherheitsorganisationen und –instrumentarien versagen kraftlos vor der Herausforderung.

Was verursacht die Schwäche dieser Organisationen, KSZE und UNO, WEU und NATO, gegenüber der Aufgabe, die nationale Unabhängigkeit der Völker Jugoslawiens auf friedliche und zivilisierte Weise herbeizuführen? UNO, KSZE, WEU und NATO sind lediglich Konstrukte und Instrumente der Politik von Staaten. Und wo ein ernsthafter politischer Wille ist, schafft er sich die notwendigen und wirksamen Instrumente. Besteht die allgemeine Ursache der Schwäche und des Versagens nicht in der Politik selbst?

Wie hätte die Tragödie im auseinanderfallenden Jugoslawien anders verhindert werden können als durch den einheitlichen politischen Willen der europäischen Gemeinschaft, als Weg in die nationale Selbständigkeit allein den des Völkerrechts, der Übereinkunft und Gewaltfreiheit zuzulassen? Keine der europäischen Sicherheitsorganisationen wurde aber in Anspruch genommen, um eine konstruktive Lösung für den Unabhängigkeitsprozeß gemeinsam mit den nach Selbständigkeit strebenden Völkern auszuarbeiten und in die Wege zu leiten. Ein Plan, der einen gerechten Interessenausgleich beinhaltet und die Rechte der ethnischen Minderheiten schützt, hätte in entsprechende Rechtsakte umgesetzt werden müssen, um den Bundesstaat und die Bundesarmee geordnet aufzulösen und den Übergang zur Nationalstaatlichkeit in zivilisierten Formen zu gewährleisten.

Es wurde keine Vorsorge gegen den Ausbruch militärischer Konflikte getroffen, obwohl leicht vorauszusehen war, daß der un-

kontrollierte Zerfall des Bundes die Bundesarmee politisch entwurzeln und in den Konflikt hineinziehen mußte. Nichts wurde unternommen gegen die Bildung nationaler Kampfverbände und Freischaren. Sie wurde im Gegenteil gutgeheißen und nach Kräften von außen unterstützt. Eben diese Militarisierung des Konflikts hätte durch einen rechtlich regulierten, von den Sicherheitsorganisationen Europas und der UNO geschützten Sezessionsprozeß vermieden werden können.

Doch all das unterblieb, es gab nichts außer allgemeinen und unverbindlichen Erklärungen; mehr noch: die Militarisierung des Konflikts wurde nachgerade gefördert. Divergierende Interessen der europäischen Großmächte auf dem Balkan legten die Krisenbeherrschungsinstitutionen und Konfliktverhütungsmechanismen Europas lahm. Die KSZE-Institutionen wurden, obwohl gerade ausdrücklich für diese Zwecke geschaffen (Rat der Außenminister, Mechanismus für Konsultationen und Zusammenarbeit in dringlichen Situationen, Konfliktverhütungszentrum), gar nicht erst angerufen. EG und WEU vermochten die Kämpfe nicht zu stoppen. Erstens erstreckt sich ihre Kompetenz gar nicht auf Südosteuropa. Zweitens beschränkte die Uneinigkeit Deutschlands, Großbritanniens und Frankreichs über die politischen Ziele und die Vorgehensweisen zusätzlich die Wirkungsmöglichkeiten. Man muß sogar den Vorwurf erheben, daß die EG – nach dem Alleingang Deutschlands – durch unbedachte eilige Anerkennung Sloweniens und Kroatiens dem Ausbruch des Krieges Vorschub leistete und ihm den Status und die Weihe eines zwischenstaatlichen Krieges verlieh.

Dem liegt eine verhängnisvoll falsche politische Philosophie zugrunde, die eine Präferenz setzt für ein völkerrechtliches Prinzip auf Kosten eines anderen. Nationale Selbstbestimmung wurde zum obersten Prinzip erhoben, das ein anderes Prinzip bricht, das der Gewaltlosigkeit und der Pflicht zum Frieden. Um Freiheit zu gewinnen, wird Krieg notfalls in Kauf genommen. In einem politischen Denken, in dem der Frieden nicht gleichrangig neben anderen Grundwerten und Grundprinzipien des Völkerrechts steht, sondern ihnen nach- und untergeordnet wird, liegt eine wesentliche Ursache für die furchtbare und nicht mehr beherrschbare Kriegstragödie in Europa nach dem Ende des Kalten Krieges.

So schlug der Präsident Kroatiens in einer frühen Phase der Sezessionsbewegung, bestärkt vor allem durch die politische, moralische und materielle Unterstützung aus Deutschland, das Angebot des jugoslawischen Bundespräsidiums aus, eine Lösung über demokratische Entscheidungen der betroffenen Bevölkerung und internationale Verhandlungen herbeizuführen. Kroatien wolle die

Unabhängigkeit sofort und sei willens und fähig, diese im Befreiungskrieg zu erreichen. Der Krieg ist sicher vorrangig, aber eben nicht allein das Werk der serbischen Nationalisten. Deutsche Politiker und Journalisten, die unbedenklich Partei ergriffen für Kroatien und seinen bewaffneten Kampf für die Lostrennung, sollten sich fragen, ob sie nicht eine Mitschuld tragen, daß Nationalismus und Völkerhaß sich in einem entmenschten Abschlachten entladen, das nun nicht mehr zu bändigen ist.

Den jugoslawischen Sezessionskrieg als Beweis dafür zu reklamieren, daß Kriege nun doch nicht zu verhindern seien und deswegen Frieden mit militärischen Zwangsmaßnahmen im UNO- oder Bündnisauftrag erzwungen werden müsse, heißt, die eigene Politik und ihre negativen Folgen als Prämisse für den gewünschten Schluß zu benutzen. Nicht der Ruf nach mehr und effizienteren militärischen Zwangsmaßnahmen läßt uns aus dem Dilemma kriegerischer Konflikte in Europa entkommen. Es hilft nur eine andere Politik. Eine Politik, die die westlichen Werte zum alleinigen Maßstab für ganz Europa erhebt, der im Transformationsprozeß des Ostens hauptsächlich an der Zerstörung der bisherigen Ordnung gelegen ist und die dafür gewaltsame soziale und ethnische Eruptionen, bewaffnete Zusammenstöße und Kriege in Kauf nimmt, kann nicht kriegsverhütend wirken. Wer Frieden will, muß an den Grundlagen friedlichen Zusammenlebens arbeiten, im Inneren wie nach außen. Das Versagen der Instrumente europäischer Sicherheitspolitik geht zurück auf den fehlenden politischen Willen maßgeblicher Staaten, die notwendigen Bedingungen friedlichen Zusammenlebens herzustellen.

Kriege im heutigen Europa zu verhüten verlangt, Ernst zu machen mit Frieden als einem eigenen Grundwert und ihn nicht anderen Grundwerten zu opfern. Kriegsverhütung verlangt ferner, Ernst zu machen mit Demokratie im Inneren und nach außen, was unvereinbar ist mit der Diskriminierung und Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsgruppen oder Staaten gemäß dem Feindbild des Kalten Krieges. Kriegsverhütung verlangt schließlich einen Kurs auf wirtschaftliche europäische Einheit statt auf ein exklusives westliches Kleinearopa. Eine wirkliche europäische Einheit kann aber nur durch Angleichung der Lebensverhältnisse und Respektierung der eigenen Identität aller Völker, die zur europäischen Gemeinschaft gehören, erreicht werden.

Autoren:

Erich H o c k e
Prof. Dr. sc. phil., Oberst a. D.
Florian-Geyer-Straße 38, 01307 Dresden

Wolfgang D e m m e r
Prof. Dr. sc. mil., Oberst a. D.
Strehleener Platz 2b, 01219 Dresden

Horst G r o ß m a n n
Prof. Dr. sc. phil., Oberst a. D.
Schneebergstraße 4, 01277 Dresden

Rolf L e h m a n n
Prof. Dr. sc. mil., Generalmajor a. D.
Schneebergstraße 2, 01277 Dresden

Wolfgang S c h e l e r
Prof. Dr. sc. phil., Kapitän zur See a. D.
Rottwerndorfer Straße 3 /1006, 01257 Dresden